

Gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden von BB, CDU, IfS, LINKE und SPD

18. Juni 2020

Die Fraktionen sind sich ihrer Verantwortung bewusst und nehmen die Unzufriedenheit der Bürger mit der Arbeit der Bürgermeisterin ernst. Das Niveau auf welchem zum Teil, insbesondere von der Initiative NEUANFANG, in den sozialen Medien und auch von Einzelkandidaten der Stadtvertretung über diese Unzufriedenheit diskutiert wird, ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Die persönlichen Vorwürfe gegen die Bürgermeisterin und einzelne Mitarbeiter der Stadtverwaltung überschreiten eindeutig eine rote Linie. Wir distanzieren uns von dieser Art des Umgangs miteinander.

Es ist uns bewusst, dass der derzeitige Zustand für die Bürger, aber auch für die Stadtvertretung, unbefriedigend ist und unserer Stadt schadet.

Das fehlende Vertrauen in die Arbeit der Bürgermeisterin und ihrer Verwaltung muss wieder hergestellt werden, um Strasburg zukunftsfähig zu machen.

Die Nachwirkungen der Corona-Krise können wir derzeit nicht abschätzen. Wir müssen uns daher gemeinschaftlich gut aufstellen. Aus diesen Gründen werden wir gegenwärtig vorerst versuchen, einen Bürgerentscheid abzuwenden und einen anderen Weg der Zusammenarbeit vorschlagen.

Dieser basiert auf einem von den Stadtvertretern zeitnah zu entwickelnden Masterplan, der die Arbeit zwischen Stadtvertretung, Präsidium und der Bürgermeisterin ganz klar und konkret regelt. Es werden die relevanten Themenkomplexe mit klaren Aufgaben, Verantwortungen und Erledigungsfristen hierin definiert. Die Kommunalaufsicht soll diesen Prozess begleiten und als Aufsichtsorgan die Durchführung überwachen. Dazu wird zusätzlich ein entsprechendes Schreiben an die Kommunalaufsicht verfasst.

Neben den fachlichen Schwerpunkten werden in dem „Masterplan“ zudem klare formale Regelungen zur Zusammenarbeit definiert, die als Maßstab für den gegenseitigen Umgang und die Zusammenarbeit verbindlich gelten sollen und von allen einzuhalten sind.

Der Plan wird weiterhin Vorschläge für Verbesserungen von persönlichen und sozial-kommunikativen Kompetenzen der Bürgermeisterin sowie Vorgaben für die aktive Annahme von Unterstützung – die von den Stadtvertretern angeboten wird – enthalten.

Daran werden die Stadtvertreter künftig laufend eine zielführende, sachliche und möglichst vertrauensstärkende Sacharbeit der Bürgermeisterin und ihrer Verwaltung messen.

Hiermit nehmen wir unsere Verantwortung als Stadtvertreter wahr und die Bürgermeisterin verbindlich in die Pflicht. Mögliches Fehlverhalten und eine unzureichende Zusammenarbeit werden damit abrechenbar.

Sollte die Umsetzung des Masterplans scheitern, werden wir einen Beschlussvorschlag zur Einsetzung eines Bevollmächtigten nach § 83 KV einbringen.

Zusätzlich soll zusammen mit der Verwaltung ein Leitbild für unsere Stadt entwickelt werden. Mit diesem Weg soll der letzte Versuch unternommen werden, die Arbeit in und für die Stadt auf ein solides und vertrauensbildendes Fundament zu stellen. Wir brauchen für Strasburg (Um.) eine gemeinsame Vision für eine lebenswerte, zukunftsfähige Stadt in der man gerne lebt.

Die Fraktionsvorsitzenden

Manja Preper nau (BB)

Christian Vorreyer (CDU)

Livia Meier (IfS)

Wolfgang Dietrich (LINKE) Hannes Peter (SPD)